

## Sitzung des NÖ Landtages

### Aktuelle Stunde zu "NEIN zum ESM – Souveränität Österreichs und seiner Bundesländer aufrechterhalten“

Der Landtag von Niederösterreich trat heute unter dem Vorsitz von Präsident Ing. Hans Penz zu einer Sitzung zusammen.

Zu Beginn wurde Ing. Maurice Androsch als Mitglied des Bundesrates und Herbert Thumpser als Ersatzmitglied des Bundesrates gewählt.

Anschließend wurde eine **Aktuelle Stunde** zum Thema "**Nein zum ESM – Souveränität Österreichs und seiner Bundesländer aufrechterhalten“** abgehalten.

Klubobmann Gottfried **W a l d h ä u s l** (FP) widmete sich in seinem Statement der Souveränität Österreichs und seiner Bundesländer. Auf Grund des ESM werde der österreichische Steuerzahler für die Schulden anderer EU-Länder aufkommen müssen. Österreich werde verpflichtet, viele Milliarden Euro zu zahlen. Seine Fraktion sei gegen die Abgabe von Souveränität nach Brüssel. Leider habe der Nationalrat bereits gestern einen entsprechenden Entschluss gefasst und damit den ESM mitbegründet. Hingegen werde im eigenen Land Geld bei Soziales, Bildung und Gesundheit gekürzt. Der Bundesrat hätte die Verpflichtung, in diesem Zusammenhang ein Veto einzulegen. Seine Fraktion verlange, eine Volksabstimmung über die Gründung des ESM abzuhalten.

Klubobfrau Dr. Madeleine **P e t r o v i c** (G) meinte im Bezug auf ihren Vorredner, die Mitglieder dieses Hauses würden keine Betrüger unterstützen, diese Behauptung verletze die Ehre dieses Hauses. Ohne die internationale Solidarität der Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg hätte Österreich nicht so rasch diesen Aufschwung schaffen

können. Der ESM schaffe viele Möglichkeiten, wozu auch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer gehöre. Überdies sei aber auch ein präventiver Schutz notwendig.

Abgeordneter Christian H a f e n e c k e r (FP) sagte, Griechenland habe falsche Zahlen präsentiert und zu Unrecht den Euro erlangt. Der österreichische Staat sei in den letzten Jahren permanent umgebaut worden, ohne das Volk zu befragen. Die direkte Demokratie werde in Österreich viel zu selten eingesetzt. VP und SP wollten gar keine Bürgerbeteiligung.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) betonte, die Aussagen von Klubobmann Waldhäusl hätten im Landtag nichts verloren. Er habe sich als Abgeordneter selbst disqualifiziert. Österreich sei 1922 in Wahrheit Pleite gegangen, 1932 habe es neuerlich Geld vom Völkerbund gegeben. Erst 1980 seien diese Schulden zur Gänze zurückbezahlt gewesen. Dieser Rettungsschirm habe dazu beigetragen, dass sich das Land so entwickeln konnte. Der Euro sei in Wahrheit eine Erfolgsgeschichte, die Eurozone habe Friede und Wohlstand gebracht. Mit dem ESM werde ein Flächenbrand in Europa vermieden.

Abgeordneter Mag. Lukas M a n d l (VP) fragte, in wessen Interesse es sei, Europa zu destabilisieren und die einzelnen Teile gegeneinander auszuspielen. Jetzt gehe es um die tatsächliche Solidarität innerhalb des europäischen Integrationsprozesses. Die Bewährungsprobe könne nur bestanden werden, wenn Europa geeint agiere.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) replizierte, VP und SP destabilisierten Österreich. Österreich sei jetzt entmündigt und ein „Bankomat für Pleitestaaten“.

Präsident Ing. Hans P e n z (VP) stellte Klubobmann Waldhäusl einen Ordnungsruf in Aussicht und verzichtete auf das von Klubobfrau Petrovic geforderte Zusammentreten der Präsidiale.

Die folgenden Geschäftsstücke wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Rechnungsabschluss des Landes Niederösterreich für das Jahr 2011** (Berichtserstatter: Abgeordneter René L o b n e r , VP)

- **Leasingverbindlichkeiten und Schuldeinlösungen (Sonderfinanzierungsmodell Forderungskauf) des Landes sowie Darlehensaufnahmen der verschiedenen Fonds 2011.** (Berichterstatter: Abgeordneter René L o b n e r , VP)
- **NÖ Gemeindeförderungsbericht 2011** (Berichterstatter: Abgeordneter Jürgen M a i e r , VP)
- **Bericht über die Landesentwicklung sowie über die Tätigkeit der NÖ Landes-Beteiligungsholding GmbH 2011/2012** (Berichterstatter: Abgeordneter René L o b n e r , VP)
- **EU-Bericht 2011 - Bericht über die finanziellen Auswirkungen des EU-Beitrittes für das Jahr 2011** (Berichterstatter: Abgeordneter Jürgen M a i e r , VP)

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) eröffnete die Debatte: Der EU-Bericht 2011 zeige, dass man „kräftig draufgezahlt“ habe. Der monetäre Ausfall solle am Rücken der sozial Bedürftigen und Familien ausgeglichen werden. Man sei vor der EU in die Knie gegangen und nie wieder aufgestanden.

Klubobmann Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) meinte zum Rechnungsabschluss, dass bei vielen Positionen Über- bzw. Unterschreitungen zu finden seien. Vom Landesrechnungshof habe es in diesem Zusammenhang wertvolle Hilfe und Unterstützung gegeben. Verbindlichkeiten müssten irgendwann zurückgezahlt werden, man habe Verpflichtungen von rund 4,8 Milliarden Euro und damit von rund 3.000 Euro pro Kopf. Demgegenüber gebe es kein Guthaben. Der Landesrechnungshof habe auch sachte kritisiert, dass die Entwicklung von Erträgen und Aufwendungen in einen besseren Einklang zu bringen sei und dass das Budget zu wenig Nachhaltigkeit aufweise. Ein Nulldefizit werde nur durch eine Entnahme aus den Veranlagungen der Wohnbaugelder erreicht. Die SP werde dem Rechnungsabschluss keine Zustimmung geben.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) ging auf einige konkrete Stellen des Haushaltes ein. Beim Amt der NÖ Landesregierung sei etwa ein Minderbetrag ausgewiesen, bei den Pensionen der Landeslehrer habe es Überschreitungen gegeben. Er kritisierte Kürzungen im Energiebereich sowie in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft und ländliche Entwicklung. Auch im Bereich der Wirtschaftsförderung sei ein Rückgang zu bemerken. Er forderte auf, am Schuldenabbau zu arbeiten, wobei keine Vermögenswerte herangezogen werden sollten. Die Arbeit des Landesrechnungshofes sei ein sehr wesentlicher Beitrag, der den Abgeordneten das Verständnis der Thematik

erleichtere und Aufklärung biete. Man werde dem Rechnungsabschluss keine Zustimmung erteilen.

Abgeordneter Ing. Manfred S c h u l z (VP) meinte zum Rechnungsabschluss 2011, dass dieser einen Bericht über die zahlreichen Aktivitäten Niederösterreichs in Zahlen darstelle. Es sei eine wichtige Entscheidungsgrundlage und zeige, dass 2011 ein Jahr der Konsolidierung gewesen sei. Niederösterreich sei Spitzenreiter in Bezug auf den Schuldenabbau und Sparmeister der Nation. Der Netto-Abgang habe gesenkt werden können, man habe eiserne Budgetdisziplin geübt und durch Entnahme aus dem NÖ Sparbuch auf Null gestellt – Niederösterreich sei hier das einzige Bundesland mit Nulldefizit. Zusätzlich habe man mit den Wohnbaugeldern Schulden getilgt und einen Nettoüberschuss erzielt. Zu seinen Vorrednern merkte er an, dass kein Familiensilber verscherbelt werde und am Sparbuch jeder Niederösterreicherin und jedes Niederösterreichers ein Guthaben von 1.964 Euro verbleibe. Der Rechnungsabschluss 2011 und das Budgetprogramm 2012 bis 2015 sei ein Beweis dafür, dass Niederösterreich ein Vorreiter im Hinblick auf das Geben von Perspektiven sei.

Abgeordneter Rupert D w o r a k (SP) ging auf den Gemeindeförderungsbericht ein und merkte zunächst an, dass die Kommunen in Zusammenarbeit mit dem Land viele Leistungen erbrächten, die Zusammenarbeit funktioniere. Allerdings seien die Gemeinden als Wirtschaftsmotoren auf Grund der Krise zuletzt ins Stottern geraten. Den Gemeinden werde stets Verschuldung vorgeworfen, dabei seien sie bereit, auf die Schuldenbremse zu steigen. Sie hätten sich einem Nulldefizit verschrieben und wüssten, dass sie einen Beitrag zu leisten hätten. Zur Kritik des Rechnungshofes meinte er, dass dieser ernst zu nehmen sei. Abschließend hielt er fest, dass der Gemeindeförderungsbericht mehr Transparenz benötige, in diesem Zusammenhang brachte er gemeinsam mit dem Abgeordneten Hafenecker einen **Resolutionsantrag** betreffend Neustrukturierung des NÖ Gemeindeförderungsberichtes ein.

Abgeordneter Christian H a f e n e c k e r (FP) teilte mit, dass die FP dem Gemeindeförderungsbericht die Zustimmung geben werde, da es wichtig sei, dass viel Geld in die Gemeinden fließe. Seine Fraktion fordere einen Aufschließungsfonds für Gemeinden in entlegenen Gebieten und für strukturschwache Gemeinden. Bei den Bedarfszuweisungen des Landes würden bestimmte Gemeinden bevorzugt bzw. benachteiligt werden. Überdies seien die Aufgaben der Gemeinden in den letzten Jahren stark gestiegen.

Dritter Präsident Alfredo R o s e n m a i e r (SP) bezog sich in seinem Statement auf die Landesbeteiligungsholding und die Landesentwicklung. Niederösterreich habe in den letzten 50 Jahren einen Strukturwandel vom Agrarland zum Technologieland vollzogen. Unterstützt worden sei diese Entwicklung von der Regionalförderung und der NÖ Technologieoffensive. Mit den Technopolen sei ein neues Zeitalter eingeleitet worden, wobei in diesen Einrichtungen Ausbildung, Forschung und Entwicklung verknüpft werde. Die Landesbeteiligungsholding umfasse u. a. Flughafen Schwechat, EVN und UNIQA. In diesem Zusammenhang brachte er gemeinsam mit den Abgeordneten Waldhäusl einen **Resolutionsantrag** betreffend Bericht über die NÖ Landesbeteiligungsholding ein.

Abgeordneter Ing. Hermann H a l l e r (VP) meinte, auf Grund eines Beschlusses des Landtages seien einmal jährlich ein Bericht über die Landesbeteiligungsholding, über die Landesentwicklung und über den Rechnungsabschluss des Vorjahres vorgesehen. Zum Rechnungsabschluss meinte er, 2011 sei das Jahr der Konsolidierung gewesen. Niederösterreich könne 2011 als einziges Bundesland ein Nulldefizit aufweisen.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) brachte einen Antrag gemeinsam mit den Abgeordneten ihrer Fraktion betreffend zweckmäßiger Zeitpunkt der Vorlage des Rechnungsabschlusses im NÖ Landtag ein. Der Rechnungsabschluss des Vorjahres müsse vor dem Voranschlag des Folgejahres während des laufenden Jahres debattiert und beschlossen werden. Zumindest die Vorschriften, die auf Gemeindeebene gelten, sollten auch für den Landtag ihre Gültigkeit haben. Die Reduktion des Abgangs beim Budget sei durch Einmaleffekte wie dem Verkauf der Wohnbauförderungsdarlehen möglich geworden. Man habe in einigen Positionen wesentlich mehr ausgegeben, als im Landtag seinerzeit beschlossen wurde. Echte Strukturreformen seien in Niederösterreich notwendig, wobei gleichzeitig auch Zukunftsinvestitionen in Bildung nicht zu kurz kommen dürften. Ein Abgang von über 200 Millionen Euro sei kein Nulldefizit.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) pflichtete seiner Vorrednerin bei. Der Rechnungshof zeige auf, dass die Beschlüsse des Landtages nicht eingehalten worden sei. Auch der Verkauf von „Familiensilber“ sei mit dem Rechnungsabschluss 2011 belegt worden. Ein **Resolutionsantrag** fordert eine zwingende Volksabstimmung zum ESM-Vertrag.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) betonte, gerade Niederösterreich habe vom Beitritt zur EU besonders profitiert. Die Vorteile seien nicht abstrakt, sondern konkret im persönlichen Umfeld jedes Einzelnen wahrnehmbar. Niederösterreich verstehe es hervorragend, europäische Fördermittel ins Land zu holen, gratulierte er Landeshauptmann Pröll zur „St. Pöltner Erklärung“.

Abgeordneter Karl M o s e r (VP) sprach zum Gemeindeförderbericht. Die Gemeinden leisteten einen wesentlichen Beitrag zum überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum und zur Rekordbeschäftigung in Niederösterreich. Zudem setzten sie ein effizientes Verwaltungsmanagement um. Der ländliche Raum brauche starke Gemeinden, das garantiere die funktionierende Partnerschaft zwischen dem Land Niederösterreich und den Gemeinden. Niederösterreich liege österreichweit bei den Gemeindeinvestitionen an der Spitze.

Der Rechnungsabschluss des Landes Niederösterreich für das Jahr 2011 wurde mit VP-Mehrheit, der Bericht zu den Leasingverbindlichkeiten und Schuldeinlösungen (Sonderfinanzierungsmodell Forderungskauf) des Landes sowie Darlehensaufnahmen der verschiedenen Fonds 2011 mit VP-SP-FP-Mehrheit, der NÖ Gemeindeförderungsbericht 2011 einstimmig, der Bericht über die Landesentwicklung sowie über die Tätigkeit der NÖ Landes-Beteiligungsholding GmbH 2011/2012 mit VP-SP-FP-Mehrheit und der EU-Bericht 2011 mit VP-SP-G-Mehrheit angenommen. Sämtliche Resolutionsanträge blieben in der Minderheit.

Die beiden folgenden Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung (jeweils Abgeordneter Anton E r b e r , VP) und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- Bericht des Rechnungshofes über **Ausbauprogramm des Landes Niederösterreich im Spitalswesen; Ausgewählte Leistungsbereiche der Bezirkshauptmannschaften Melk, St. Johann im Pongau und St. Veit an der Glan; Konsolidierungsmaßnahmen der Länder Kärnten, Niederösterreich und Tirol (Reihe Niederösterreich 2012/3)**. Der Ausschuss-Antrag zum Spitalswesen lautet, den Bericht nicht zur Kenntnis zu nehmen.
- Bericht des Landesrechnungshofes betreffend **Wahrnehmungen zum Landeshaushalt (Budgetkennzahlen) (11/2012)**

Abgeordneter Mag. Alfred R i e d l (VP) eröffnete die Debatte: Niemand bezweifle die Zahlen und Daten des Rechnungshofes. Bei der Präsentation habe es auch sehr viel Lob für Niederösterreich gegeben, das am meisten kooperativ von allen Bundesländern sei. Daher verstehe er die Wehleidigkeit des Rechnungshofes nicht. Beim Spitalswesen verlasse der Rechnungshof seinen verfassungsmäßigen Auftrag und mache Politik. Ein großes Krankenhaus sei de facto teurer als zwei kleinere. Vom Gesetz her gebe es auch gar keine andere Alternative. Es komme dem Rechnungshof nicht zu, Vorschläge zur Änderung parlamentarischer Beschlüsse zu tätigen. Bei den Konsolidierungsmaßnahmen gebe es in der Zusammenfassung ebenfalls tendenziöse Interpretationen. Das Triple A verdeutliche demgegenüber die wirtschaftspolitische Sonderleistung Niederösterreichs. Er kritisierte, dass der Rechnungshof bei Kennzahlen bzw. Datengrundlage „falsche Zahlen“ nehme.

Abgeordneter Otto K e r n s t o c k (SP) befasste sich mit dem Rechnungshofbericht zum Schwerpunkt Spitalswesen. Der Rechnungshof habe sich hier auf die Prüfung der Spitalsstandorte im Industrieviertel beschränkt, hier stünden 30 Punkte zu Debatte. Die SP Niederösterreich habe sämtliche Beschlüsse zum Ausbau dieser Standorte mitgetragen und stehe dazu. Konkret seien die Neubauprojekte in Baden, Mödling, Wiener Neustadt und Neunkirchen untersucht worden. Die Prüferinnen und Prüfer des Rechnungshofes würden dem Vorhaben neutral gegenüberstehen, den Vorschlag einer nochmaligen Prüfung dieser Vorhaben müsse man aber entgegenhalten, dass es hier eine klare politische Willensbildung gebe. Vom Rechnungshof seien Feststellungen und Anregungen gekommen, er sehe hier keine Kritik an den Beschlüssen des Landtages. Im Zusammenhang mit der Anzahl der Krankenhäuser in der Region sei auch die demographische Entwicklung zu berücksichtigen. Zwei Kritikpunkten des Rechnungshofes schließe er sich an. Erstens solle ein um 8,7 Millionen Euro angekauft Grundstück rasch wieder verkauft werden, zweitens sollte das alte Gebäude in Baden als Pflegeheim adaptiert werden. Die SP stehe hinter den Beschlüssen, werde den Rechnungshofbericht aber zur Kenntnis nehmen.

Abgeordneter Hans Stefan H i n t n e r (VP) ging zunächst auf den Ankauf des Grundstückes ein, von dem sein Vorredner gesprochen hatte, und hielt fest, dass es hier bereits eine Verwertung im Sinne der Sicherheit gebe. Zum Vorschlag der Adaptierung des Hauses in Baden verwies er auf die etwaige Gefahr durch Keime – die Meinungen der Mediziner gingen hier weit auseinander. Weiters betonte er das Primat der Politik und meinte, dass der richtige Ansatzpunkt bezüglich Krankenhausversorgung

unterschiedlich gesehen werden könne. Im Landtag werde hier aber an einem Strang gezogen. Seiner Meinung nach seien in den Rechnungshofbericht vorgefasste Meinungen eingeflossen. Zum Thema Schwerpunktkrankenhaus meinte er, dass dieses bereits in Wiener Neustadt existiere und in einer Region nur ein solches Krankenhaus vorgesehen sei; die gesetzlichen Bestimmungen seien anzuhalten. Man werde diesem Punkt die Kenntnisnahme verweigern, so Hintner abschließend.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) merkte an, dass sie keine Debatte über Krankenhausstandorte führen wolle, dass sie aber „fassunglos“ über den Umgang mit der Kritik des Rechnungshofes sei. Der Landtag könne Beschlüsse fassen, die dann in seiner Verantwortung lägen und von der Landesregierung umzusetzen seien. Es sei nicht möglich, dass der Rechnungshof dies ändere. Sachliche Kritik sollte jedoch ernst und vor allem zur Kenntnis genommen werden. Allein aus Gründen der Logik sei es nicht möglich, den Bericht nicht zur Kenntnis zu nehmen, es sei nur möglich, den Inhalt des Berichtes nicht zu teilen. Das Land sollte seinen inhaltlichen Standpunkt vertreten, das heiße nicht, dass Abstriche gemacht oder etwas in Frage gestellt werden müsse. Der Rechnungshof habe eine faire Debatte mit dem Landtag verdient.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sagte, dass Rechnungshofberichts stets für Diskussionen sorgen würden und dass der Umgang mit Kritik wichtig sei. Die Politik bzw. die Mehrheit würde bestimmen, der Rechnungshof sehe die Entscheidung anders und zeige Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit auf. Die Politik könne hierzu argumentieren. Zu den Konsolidierungsmaßnahmen der Länder Kärnten, Niederösterreich und Tirol meinte er, der Rechnungshof stelle das Zahlenwerk so dar, wie es tatsächlich sei. Zahlen könne man nicht wegdiskutieren. Er sprach von massiven Angriffen gegen ein unabhängiges Kontrollorgan der Republik. Ein Bericht des Rechnungshofes müsse zur Kenntnis genommen werden.

Abgeordneter Mag. Alfred R i e d l (VP) meldete sich zu einer tatsächlichen Berichtigung: Die VP halte sich an die Tatsachen.

Klubobmann Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) betonte, der Rechnungshof sei ein unabhängiges Organ, das einzig und allein dem Gesetz verpflichtet sei. Was die Spitäler betreffe, habe es im NÖ Landtag einen einstimmigen Beschluss gegeben, zu dem er auch stehe. Aber es stelle sich die Frage, wie man mit der Kritik eines unabhängigen Kontrollorgans umgehe. Der Beschluss sei ein wichtiger Beschluss, aber es sei auch in



Ordnung, wenn es eine Einrichtung gebe, die das anders sieht. Man werde die Kritik ernst nehmen und auch zur Kenntnis nehmen. Er brachte einen **Resolutionsantrag** betreffend Rederecht des Präsidenten des Bundesrechnungshofes und der Direktorin des Landesrechnungshofes im NÖ Landtag ein. Weiters stellte er einen **Antrag** auf Abänderung des Antrages des Rechnungshof-Ausschusses: Der Hohe Landtag solle beschließen, den Bericht des Rechnungshofes über das Ausbauprogramm des Landes Niederösterreich im Spitalswesen, über ausgewählte Leistungsbereiche der Bezirkshauptmannschaft Melk, St. Johann im Pongau und St. Veit an der Glan sowie über Konsolidierungsmaßnahmen der Länder Kärnten, Niederösterreich und Tirol zur Kenntnis zu nehmen.

Abgeordneter Mag. Kurt **H a c k l** (VP) forderte mehr Aktualität und Glaubwürdigkeit vom Rechnungshof. Es werde ein verzerrtes Bild der Sachlage dargestellt. Laut Landesrechnungshof werde die finanzielle Lage in Niederösterreich in der Öffentlichkeit sehr unterschiedlich dargestellt. Der Landesrechnungshof zeige auch auf, dass sich die Wirtschaftskrise und die Konjunkturprogramme auf das Landesbudget ausgewirkt haben. Niederösterreich habe sich in den letzten Jahren sehr gut entwickelt, erinnerte er an die Kindergartenoffensive, die Technologieoffensive und den attraktiven Wirtschaftsstandort.

Abgeordnete Dr. Helga **K r i s m e r - H u b e r** (G) sagte, einen Bericht eines Rechnungshofes nicht zur Kenntnis zu nehmen, sei ein Affront des NÖ Landtages, den es in dieser Form in der Zweiten Republik noch nicht gegeben habe. Der Landtag wisse bis heute nicht über das Vermögen des Bundeslandes Niederösterreich bescheid.

Klubobmann Mag. Klaus **S c h n e e b e r g e r** (VP) erklärte, einen Rechnungshofbericht könne man zur Kenntnis nehmen, vom Bericht Kenntnis nehmen oder den Bericht nicht zur Kenntnis zu nehmen. Das werde seine Fraktion beim Bericht des Rechnungshofes über die Spitalsneubauten machen, auch aus einem sachlichen Grund heraus. Viel wichtiger sei aber, dass eine parlamentarische Entscheidung nicht durch den Rechnungshof abgelehnt werden dürfe, weil dies nicht der Verfassung entspreche. Der Rechnungshof habe die Gebarung auf Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit zu überprüfen. Es gehe dabei um das Selbstverständnis dieses Hauses. Auch der Vorarlberger Landtag habe 2009 einen Bericht des Rechnungshofes nicht nur Kenntnis genommen. Er zitierte auch den Verfassungsexperten DDr. Mayer, der sagte,

die Kritik von Klubobmann Schneeberger sei berechtigt, weil der Rechnungshof die Legislative nicht kritisieren dürfe.

Der Antrag der Abgeordneten Mag. Leichtfried, Waldhäusl, Antoni u. a. die Berichte des Rechnungshofes zum Ausbauprogramm im Spitalswesen, zu den Leistungsbereichen der Bezirkshauptmannschaften und zu den Konsolidierungsmaßnahmen der Länder Kärnten, Niederösterreich und Tirol zur Kenntnis zu nehmen, wurde abgelehnt. Der Rechnungshofbericht über das Ausbauprogramm des Landes Niederösterreich im Spitalwesen wurde mit den Stimmen der VP nicht zur Kenntnis genommen. Der Bericht des Rechnungshofes über ausgewählte Leistungsbereiche der Bezirkshauptmannschaften Melk, St. Johann im Pongau und St. Veit an der Glan wurde einstimmig zur Kenntnis genommen. Vom Bericht des Rechnungshofes über die Konsolidierungsmaßnahmen der Länder Kärnten, Niederösterreich und Tirol wurde mit den Stimmen der VP Kenntnis genommen. Der Resolutionsantrag der Abgeordneten Mag. Leichtfried und Waldhäusl (Rederecht des Präsidenten des Bundesrechnungshofes und der Direktorin des Landesrechnungshofes im NÖ Landtag) wurde abgelehnt.

Abgeordneter Karl M o s e r (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Psychosoziales Betreuungszentrum Mauer, Bau, A., Errichtung Haus 42.**

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) meinte, das Psychosoziale Betreuungszentrum Mauer sei weit über die Grenzen des Mostviertels bekannt. Überdies werde im Rahmen des Projektes die Tagesbetreuung ausgebaut.

Abgeordneter Ing. Franz G r a t z e r (SP) sagte, der Ausbau des Psychosozialen Zentrums Mauer sei notwendig, um dem Versorgungsauftrag gerecht zu werden.

Abgeordnete Michaela H i n t e r h o l z e r (VP) betonte, im Psychosozialen Betreuungszentrum Mauer würden schwierigste Patienten gepflegt. In diesem Zusammenhang dankte sie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr Engagement und ihren Einsatz. Überdies würden vier Wachkoma-Pflegeplätze errichtet. Dieses Projekt sei ein weiterer Mosaikstein auf dem Weg Niederösterreichs zur sozialen Modellregion.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordnete Michaela H i n t e r h o l z e r (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Bezirkshauptmannschaft St. Pölten, Zubau und Renovierung (energetische Maßnahmen)**.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) betonte, die Renovierung der Bezirkshauptmannschaft St. Pölten sei zu begrüßen. Seine Fraktion werde den Antrag unterstützen.

Abgeordneter Franz G r a n d l (VP) erinnerte, bei diesem Projekt handle es sich um eine Verbesserung der energetischen Situation des Gebäudes. Das Gebietsbauamt und alle dislozierten Abteilungen würden zukünftig in der Bezirkshauptmannschaft Platz finden. Für den Bürger gebe es jetzt ein Haus, in dem alle Abteilungen erreichbar seien.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) berichtete zu einem Antrag mit Gesetzesentwurf gemäß § 34 LGO 2001 der Abgeordneten DI Eigner, Jahrman, Waldhäusl u. a. betreffend **Änderung des NÖ Kleingartengesetzes**.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) eröffnete die Debatte: Die Gesetzesänderung sei sehr gut vorbereitet worden. Ihre Fraktion werde zustimmen.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sagte, ihm sei wichtig gewesen, hier die Parteipolitik hintanzustellen. Als Obmann des Bau-Ausschusses bedanke er sich für die konstruktive Zusammenarbeit.

Abgeordneter Josef J a h r m a n n (SP) sprach von einem guten Ergebnis nach einer erst vorsichtigen Annäherung an das Thema. Die Forderungen der Vertreter der Kleingartenvereine seien moderat und auf Kompromiss ausgelegt gewesen.

Abgeordneter Dr. Martin M i c h a l i t s c h (VP) betonte, die Gesetzgebung sei im Zeichen des Dialog gestanden. Im Sinne des Natur und Umweltschutzes sei der Kleingarten ein Hort der Erholung, dessen Nutzen jetzt verbessert werde.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Anton **E r b e r** (VP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Moser u. a. betreffend **sinnvolle Nachnutzung von nicht verunreinigtem Bodenaushubmaterial**.

Abgeordnete Dr. Helga **K r i s m e r - H u b e r** (G) eröffnete die Debatte: Ihre Fraktion werde nicht zustimmen. Es gebe derzeit keine Veranlassung für eine weitere Ausnahme im Abfallwirtschaftsgesetz.

Abgeordneter Benno **S u l z b e r g e r** (FP) meinte, er teile diese Meinung nicht. Erde solle auch dort verwendet werden, wo sie gebraucht werde, am besten im Nahbereich.

Abgeordneter Franz **G a r t n e r** (SP) führte aus, die Endlagerung des Bodenaushubmaterials sei sehr teuer. Unbedenkliches Material könnte vielfach verwendet werden.

Abgeordneter Anton **K a s s e r** (VP) teilte mit, Bürger und Gemeinden wären hier oft auf Unverständnis gestoßen. Eine sinnvolle Nutzung nicht verunreinigten Materials in der Landwirtschaft sei bisher nicht einfach gewesen. Boden sei kein Abfall.

Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Grünen mit Mehrheit angenommen.

Abgeordneter Benno **S u l z b e r g e r** (FP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Waldhäusl u. a. betreffend **Hochwasserschutz in Niederösterreich**. Der Ausschuss-Antrag lautet auf Ablehnung.

Abgeordneter Ing. Martin **H u b e r** (FP) eröffnete die Debatte: Am Donau, Kamp etc. sei sehr viel investiert worden, auf die kleineren Projekte dürfe aber nicht vergessen werden. Die finanzielle Situation der Gemeinden sei angespannt, entsprechende Förderzusagen des Landes fehlten.

Abgeordneter Ing. Franz **G r a t z e r** (SP) erinnerte an das Hochwasser 2002. Die Strategie des Landes und der Gemeinden umfasse ein Bündel an Maßnahmen zur Verringerung des Hochwasserrisikos. Er stellte einen Antrag auf getrennte Abstimmung.

Abgeordneter Josef **E d l i n g e r** (VP) bezifferte den Schaden des Hochwassers 2002 mit über einer Milliarde Euro. Inzwischen habe man fast flächendeckend Hoch-

wasserschutz, hier sei sehr wertvolle Arbeit geleistet worden. Als Beispiel erinnerte er an ein Übereinkommen, das kürzlich in Spitz unterzeichnet worden sei.

Der auf Ablehnung lautende Antrag wurde angenommen.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Waldhäusl u. a. betreffend **Ausstieg aus dem Kyoto-Abkommen**. Der Ausschuss-Antrag lautet auf Ablehnung.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) sprach in diesem Zusammenhang von einer unzumutbaren Position der FP. Das Kyoto-Abkommen sei ein internationales Umweltabkommen, wer A sage, müsse auch B sagen.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) hielt fest, dass seine Fraktion hierzu keine Zustimmung erwartet habe, allerdings pointiert sagen wolle, was man wolle. Strafzahlungen würden der Umwelt nichts nützen, die Politik solle frühzeitig aufzeigen, dass es hier in die falsche Richtung gehe. Das Geld solle in Österreich für erneuerbare Energien und die Landwirtschaft verwendet werden.

Klubobmann Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) meinte, dass man über Sinn und Unsinn von Strafzahlungen bzw. von Zertifikaten diskutieren könne und müsse. Die Frage sei aber, warum man die angepeilten Ziele nicht erreiche. Zudem habe man internationale Verträge unterzeichnet, ein Austritt sei eine Verletzung. Des Weiteren sei Klimaschutz vor allem ein globales Problem, das nur auf globaler Ebene lösbar sei. Man müsse andere Länder überzeugen, dass jenes Problem nur in Solidarität gelöst werden könne.

Abgeordneter Ing. Franz R e n n h o f e r (VP) führte an, dass nur die FP einen Ausstieg aus dem Kyoto-Vertrag ins Kalkül ziehe. Die Klimaziele seien sehr ambitioniert, sie aber nicht zu verfolgen, würden einen klaren Weg in die Vergangenheit darstellen. Dies wäre ein Schaden für Niederösterreich und Österreich. Es sei kurzsichtig, mit Einsparungen zu argumentieren, zum Zertifikatshandel merkte er an, dass durch diesen auch ein Technologietransfer in die so genannten Entwicklungsländer entstehe. Man habe hierzulande im Klimabereich gute Erfolge zu verzeichnen. Die Verfolgung der Klimaziele habe viele positive Auswirkungen in Niederösterreich, beispielsweise sichere und schaffe dies regionale Arbeitsplätze sowie Wertschöpfung.

Der auf Ablehnung lautende Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Abgeordneter Anton **K a s s e r** (VP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Sulzberger u. a. betreffend **Forderungen zu maßvollen und objektiven AMA-Kontrollen**. Der Ausschuss-Antrag lautet auf Ablehnung.

Klubobfrau Dr. Madeleine **P e t r o v i c** (G) merkte an, dass Kontrollen unbedingt notwendig seien, um die Interessen der gesamten Landwirtschaft zu sichern. Zudem seien diese auch ein Anliegen des Konsumentenschutzes. Das vorliegende Anliegen sei allerdings berechtigt im Hinblick auf die Forderung nach einer einheitlichen Art des Messens und des Kontrollierens. Im Zusammenhang mit den Messmethoden sei eine Zustimmung möglich.

Abgeordneter Benno **S u l z b e r g e r** (FP) erläuterte, warum die FP sich dieses Themas angenommen habe und sagte, dass man sich auf ein einheitliches System bei den Messmethoden einigen sollte, da es für die Betroffenen hier eine Existenzbedrohung gebe.

Klubobmann Mag. Günther **L e i c h t f r i e d** (SP) betonte, dass es hier um maßvolle AMA-Kontrollen gehe. Kontrollen würden gebraucht, die Frage sei aber wie und wo. In diesem Zusammenhang hätten sich die Landwirte teils falsch informiert gefühlt, von der AMA gebe es zu wenig Toleranzgrenzen, eine Anhebung dieser Grenzen wäre sinnvoll. Die Kritik der Landwirtschaft gehe auch dahin, dass in dieser Angelegenheit zu viel Bürokratie vorhanden sei, hier bestehe Handlungsbedarf. Er bezeichnete den vorliegenden Antrag als einen in vielen Bereichen guten Antrag, die SP würde die Punkte 6 und 9 ablehnen, da eine getrennte Abstimmung nicht möglich sei, werde man dem Gesamtantrag zustimmen.

Abgeordneter Ing. Hermann **H a l l e r** (VP) sagte, dass die Landwirtschaft zu unterstützen sei, es aber beim Erhalt öffentlicher Gelder auch Kontrollen geben müsse. Von der Landwirtschaftskammer sei hierzu schon eine Resolution verabschiedet worden, im Bereich Sanktionen solle es Anpassungen geben.

Der auf Ablehnung lautende Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Abgeordneter Ing. Manfred S c h u l z (VP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Waldhäusl u. a. betreffend **Abgeltung der Spätfrostschäden durch den Katastrophenfonds**. Der Ausschuss-Antrag lautet auf Ablehnung.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sagte, der Antrag habe sich auf Grund der Tätigkeit der Regierung fast zur Gänze erledigt. Er betonte aber, dass der Antrag am 22. Mai eingebracht worden sei und die Schäden am 18. Mai feststellbar gewesen seien. Er habe den Antrag deswegen eingebracht, weil er damit seiner Arbeit als Abgeordneter nachkomme.

Abgeordneter Franz G a r t n e r (SP) betonte, schnell geholfen, sei am besten geholfen. Die Hilfe für die Klein- und Mittelbetriebe der Landwirtschaft sei wichtig und sogar überlebenswichtig.

Abgeordnete Marianne L e m b a c h e r (VP) sagte, das Land Niederösterreich habe bereits den Umlaufbeschluss gefasst, 5 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Die Schäden seien bereits erhoben, es gebe auch schon erste Zwischenergebnisse über das Schadensausmaß. Sie bedankte sich bei allen, die mitgeholfen haben, die Schadenserhebungen rasch durchzuführen.

Der auf Ablehnungen lautende Ausschuss-Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Abgeordnete Erika A d e n s a m e r (VP) berichtete zu einem Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger u. a. betreffend **Änderung der Dienstpragmatik der Landesbeamten 1972 (DPL 1972)**.

Der Antrag wurde ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Abgeordnete Erika A d e n s a m e r (VP) berichtete zu einem Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger u. a. betreffend **Änderung des NÖ Katastrophenhilfegesetzes, NÖ KHG**.

Der Antrag wurde ohne Debatte einstimmig angenommen.

Abgeordnete Erika A d e n s a m e r (VP) berichtete zu einem Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger u. a. betreffend **Änderung des NÖ Spielautomatengesetzes 2011**.

Der Antrag wurde ohne Wortmeldung mit Mehrheit angenommen.

Abgeordnete Erika A d e n s a m e r (VP) berichtete zu einem Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger u.a. betreffend **Änderung des NÖ Polizeistrafgesetzes**.

Der Antrag wurde ohne Debatte einstimmig angenommen.

Abgeordnete Erika A d e n s a m e r (VP) berichtete zu einem Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger u. a. betreffend **Änderung des Gesetzes über die Vollziehung der StVO 1960 durch die Bundespolizeidirektionen in Niederösterreich**.

Der Antrag wurde ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Abgeordnete Erika A d e n s a m e r (VP) berichtete zu einem Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger u. a. betreffend **Änderung des NÖ Veranstaltungsgesetzes**.

Der Antrag wurde ohne Debatte einstimmig angenommen.

Abgeordnete Erika A d e n s a m e r (VP) berichtete zu einem Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger u. a. betreffend **Änderung des NÖ Prostitutionsgesetzes**.

Der Antrag wurde ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Abgeordnete Erika A d e n s a m e r (VP) berichtete zu einem Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger u.a. betreffend **Änderung des Gesetzes über den Schutz der NÖ Landessymbole**.

Der Antrag wurde ohne Debatte einstimmig angenommen.



***Die Sitzung wird morgen, 6. Juli, um 9 Uhr fortgesetzt.***